

13. April 2010

**Beschlussfassung der Konferenz der haushalts- und finanzpolitischen
Sprecher der Unionsfraktionen in den Ländern vom 13. April 2010 in Dresden**

Keine Steuersenkungen auf Pump

Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen in den Ländern betrachten mit großer Sorge die aktuelle Neuverschuldung bei Bund, Ländern und Gemeinden. Sie appellieren eindringlich, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse umzusetzen. Solide und nachhaltige Haushalte sind ein Markenkern christlich-demokratischer Politik. Deshalb erklären die Finanzpolitiker:

1. dass eine Steuerreform auf Pump nicht der richtige Weg auf diesem Konsolidierungskurs ist,
2. dass Haushalte nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch Ausgabenreduzierungen konsolidiert werden müssen und
3. dass überzogenen Ansprüche der Gegenwart nicht dadurch erfüllt werden, indem der Staat seine Kinder und Enkel durch enorme Neuverschuldung quasi enteignet.

Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen in den Ländern erinnern an frühere Beschlüsse der Konferenz für eine aufkommensneutrale und transparente Steuerreform. Die Reform des Einkommensteuerrechts muss in dieser Bundestagswahlperiode auf den Weg gebracht werden.

Einnahmequellen der Kommunen sichern und verstetigen

Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen in den Ländern unterstützen eine Reform der Gemeindesteuern zur Stabilisierung der Einnahmequellen der Kommunen und begrüßen die Einsetzung der Gemeindefinanzkommission. Sie unterstützen den Prüfauftrag an die Kommission, den Kommunen einerseits ein höheren Anteil an der Umsatzsteuer zuzuweisen und andererseits ihnen das Recht auf eigene Hebesätze an einem Anteil der Einkommen- und der Körperschaftsteuer einzuräumen. Ziel ist es, die Unternehmen angemessen an der Finanzierung ihrer Standortgemeinden zu beteiligen. Zugleich fordert die Sprecherkonferenz eine enge Beteiligung der Landesparlamente und bekräftigen das Festhalten am Konnexitätsprinzip.

Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam mit Blick auf die Gewerbesteuer eine adäquate Einnahmequelle für deren Ersatz bzw. Fortentwicklung diskutieren und damit die Einnahmen der Kommunen verstetigen.

1. Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher halten es für prüfenswert, die Gewerbesteuer zu einer allgemeinen Wirtschaftsteuer weiter zu entwickeln, mit der alle unternehmerischen Tätigkeiten in den Kommunen zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben der Daseinsvorsorge beitragen.

2. Die Konferenz erwartet von der Kommission Vorschläge, inwiefern die Vorauszahlungen für die jetzige Gewerbesteuer nicht vollständig im vereinnahmten Haushaltsjahr verbraucht werden.

3. Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher treten Plänen entgegen, die Substanzbesteuerung z.B. durch die Erhebung einer Grundsteuer für Unternehmen zu erweitern.

Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher fordern Bund, Länder und Kommunen auf, alle möglichen Modelle ergebnisoffen zu prüfen, so dass nun endlich Lösungen noch in diesem Jahr für eine bessere verstetigte kommunale Finanzbasis gefunden werden.